Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugs-Preis: Monatlich 2,25 Mark. Bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mark. Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Anzeigen-Preis: Die kleingespaltene Zeile oder deren Raum wird mit 50 Pfg., auf der ersten Seite mit 125 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachlaß erlischt, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Fernsprech-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 76 — Mittwoch, den 7. Juli 1920 — 19. Jahrgang.

Neuestes vom Tage.

— Die Ankunft der deutschen Delegation in Spaa ist ohne Zwischenfall verlaufen.

— Das amerikanische Abkommen mit der Hamburg-Amerika-Linie ist unterzeichnet worden.

— In Großjena bei Naumburg ist Max Klinger einer Verstümmlung erlegen.

— Auf der Braunkohlenzeche Gustav in Oettingen am Main war die Belegschaft zum Protest gegen den Steuerabzug in den Streik getreten, der ursprünglich nur einen Tag dauern sollte, nun aber schon seit drei Tagen fortgesetzt wird, offenbar in der Absicht, die Arbeiter der Nachbarorte mit in den Streik hineinzuziehen. Da die Zeche gleichzeitig eine elektrische Ueberlandzentrale besitzt, sind Aschaffenburg, Darmstadt und 40 andere Orte ohne Licht und Strom.

— Die Bergarbeiter im Mansfelder See- und Gebirgskreis sind heute in den Streik getreten. Sie wollen die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, als bis die Ausnahmebestimmung im Reichseinkommensteuergesetz und der 10-v.-H.-Steuerabzug wieder aufgehoben sind. Die Bergarbeiter im Saarthal beraten im Augenblick, ob sie ebenfalls in Streik treten sollen. Das Bezirkssekretariat der U. S. P. D. hat sich telegraphisch an die Reichsregierung gewandt und unter Hinweis auf die Bedeutung der Bergarbeiterausstände um Aufhebung des Steuerabzugs ersucht. Ebenso haben sich die Bergarbeiter selbst telegraphisch an die Regierung gewandt und auch diese um sofortige Aufhebung des Ausnahmegesetzes. Auch die Arbeiterklasse aufgefordert. Bei längerer Dauer des Streiks hätte er eine katastrophale Bedeutung.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 6 Juli 1920.

e. Vorüber ist nun der 51. Sängertag des Sächsischen Sängerbundes, mit ihm all die vielen Mühen und Arbeiten des festgebenden Vereins „Deutscher Gruß". Gern und freudig hatte jeder Sänger und jedes Mitglied, besonders aber der Vorstand und der Liedermeister dieses Vereins ihr Möglichstes getan um ein gutes Gelingen der Veranstaltung herbeizuführen. Und nicht getäuscht in seinen Erwartungen im festen Vertrauen zum guten Erfolge, kann der Verein mit dem aufs neue errungenen Lorbeeren zufrieden sein. Nicht zuletzt gebührt besonderes Lob und Anerkennung dem Liedermeister des Vereins, Herrn Lehrer Richter, welcher an dem Sängertage bewiesen hat, daß seine Wahl zum Dirigenten für den Verein eine glückliche war. Die am Sonnabend nachmittag eintreffenden Sänger wurden am festlich geschmückten Bahnhof mit Sangesgruß empfangen und zu ihren Quartieren geleitet. In ihrem Bestreben das Fest zu dem zu gestalten, was es wirklich werden, wurden sie besonders von dem weitaus größten Teil der Einwohnerschaft unterstützt, waren doch die Häuser mit reichem Schmuck von Kränzen und Ranken versehen, Hauseingänge mit Sängersprüchen boten ein herzliches Willkommen. Nach dem im Gasthof zum Hirsch abgehaltenen Sitzungen des Bundesausschusses und der Musikkommission fand im Gasthof zum Roß ein Begrüßungsabend zu Ehren der erschienenen Sänger statt. Begrüßende Ansprachen des stellvertretenden Herrn König vom Deutschen Gruß, des Gesamtvorstand Herrn Richter, sowie des Bundes-Vorsitzenden Herrn Leiberg hießen alle Erschienenen herzlich willkommen. Die vom festgebenden Verein zum Vortrag gebrachten Chöre, darunter wie Quartett und ein lustiger Einakter fanden allgemeinen Beifall, wovon einen Hauptteil dessen Liedermeister durch seine Ruhe und Sicherheit verdiente. Ein Violinsolo des Herrn Hofmann, sowie die Begleitung durch Herrn Gey fanden volle Anerkennung. Auch einzelne ausgezeichnete Chöre erfreuten durch herrlichen Vortrag und ernteten lebhaften Beifall. Freudige Feststimmung hielt die Sänger bei Sang und Trank zusammen um nach alter Deutschen Sitte bei frohem Sang noch Eins zu trinken, ehe sie gingen. Am Sonntag morgen fand bereits um 8 Uhr im Gasthof zum Hirsch die Sitzung der Musikkommission statt. Um 10 Uhr wurde durch den Bundesvorsitzenden Leiberg der Sängertag eröffnet. Nach dem Jahresbericht zählte der Bund in 226 Vereinen 7571 Sänger. Die Rechnungslegung für 1919 wurde für richtig befunden und genehmigt. Die Ausführung der Ehrenzeichen aus Eisen hat sich als unzweckmäßig erwiesen und wurde zu deren Herstellung Neusilber beschlossen. Die Adolf-Leiberg-Stiftung hat die stattliche Summe von 12000 Mk. erreicht. Am 17. u. 18. Juli 1921 soll in Neustadt das Bundesfest stattfinden. Die Aufnahmegebühren werden festgesetzt auf 15 Mk. bei Vereinen mit 25 Mitgliedern, auf 25 Mk. bei Vereinen mit 50 Mitgliedern und auf 40 Mk. für große Vereine, der Bundesbeitrag beträgt für das Mitglied eine Mark. Die ausscheidenden Mitglieder Becker, Leiberg und Hennig des Bundesausschusses wurden wiedergewählt. An Stelle des freiwillig ausscheidenden Herrn Hille wurde Geschäftsführer Richter-Dresden neugewählt. — Die nicht an den Beratungen teilnehmenden Sänger unternahmen in den Vormittagstunden einen feuchtfröhlichen Ausflug nach der Buschschänke. Nachmittag 3 Uhr sammelten sich die noch anwesenden Sänger im Hirschgarten zu einem Dankesabschiedsgesang. Manch herrliches Lied wurde hier zu Gehör gebracht und boten so manchem Gelegenheit sich am Deutschen Lied zu erfreuen. In den Spätnachmittag- und Abendstunden verließen dann die Sängerscharen unseren Ort. Allgemeine Anerkennung und berechtigten Dank verdiente sich und fand der Vorsitzende des festgebenden Vereins für seine unermüdliche Tätigkeit in den Vorarbeiten und der Leitung des Festes.

— Die Ortskohlenstelle schreibt nach einem Bericht des Reichskohlenrats folgendes: „Die Kohlenwirtschaft nähert sich einer besonders kritischen Zeit. Die Teuerung der Lebenshaltung bringt neue Lohnforderung der Bergleute auf den Plan. In Westfalen liegen sie bereits vor, Forderungen, die ohne Kohlenpreiserhöhung nicht bewilligt werden können. Ein weiteres Moment ist auch der beabsichtigte Ausbau der Kohlensteuer (20 auf 30 %) die eine weitere Belastung der des Kohlenpreises bringen wird. In Oberschlesien erhalten die Deutschen erst dann Kohlen, sobald Polen, Tschechen, Oesterreich und Italien vorweg beliefert sind. Was wir bisher an die Entente geliefert haben, sind bekanntlich Vorlieferungen auf den Friedensvertrag. Die Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages beginnen erst im Juni. Dann muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß unsere Verkehrslage noch ganz ungenügend ist. Der Lokomotivmangel hält in unverminderter Schärfe an. Die Eisenbahn muß aber mit der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit der Steigerung der Förderung vorangehen. Die Versorgung der Eisenbahn, Gasanstalten, Elektrizitätswerken ist noch ganz ungenügend und wenn dieselben im Sommer nicht etwas bevorratet werden können, d. h. wenn die Lieferungen nicht besser werden als jetzt, muß im Winter wieder mit größerer Sperrstundenzahl gerechnet werden. Der Hausbrand und die Landwirtschaft müssen aus der drückenden Kohlennot herauskommen. Letzten Winter sind in einzelnen Orten im ganzen nur 10 Zentner geliefert worden. (Bei uns ca. 20 Zentner im Jahr). Deutschland sinkt und fällt mit der Kohlenförderung. Wenn das ganze deutsche Volk sich nach dem Abbau des allgemeinen Preisniveaus nach menschenwürdigen Lebensverhältnissen sehnt, so muß deutlich gesagt werden, daß der Schlüssel dazu in der Steigerung der Kohlenproduktion liegt. Wohl werden die Kohlenpreise nicht zu den ersten gehören, die die Kurve nach unten nehmen, sondern die Steigerung der Förderung ist das Mittel zur Senkung der Kohlenpreise. Hiernach muß dringend empfohlen werden, die rationierten Kohlenmengen vom Kohlenhändler zu entnehmen und nicht, wie jetzt so häufig geschieht, darauf zu warten, daß die Kohlen billiger werden, was nach dem Bericht keinesfalls zu erwarten ist, noch dazu in nächster Zeit mit einer abermaligen Erhöhung der Kohlensteuer und der Frachtsätze zu rechnen sein dürfte. Wer die ihm gebotenen Kohlen jetzt nicht abholt, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er mit Kohlenknappheit im Winter zu rechnen hat. Nach wie vor bleibt verboten, Kohlen markenfrei abzugeben und vom Händler sich geben zu lassen, was im Zuwiderhandlungsfall bestraft werden muß.

— Zusammenschluß der Rentner. Wer hätte wohl je geglaubt, daß die Rentner sich auch noch organisieren würden? Sicherlich niemand. Wie so oft im Leben, ist es auch hier anders gekommen. Hunderttausende von Rentnern haben ihr Leben hindurch gearbeitet, um im Alter gegen Not geschützt zu sein, sind aber nun durch die über uns hereingebrochene Geldentwertung oft nicht imstande, sich die nötigen Lebensmittel auf Marken zu kaufen, ohne das Kapital, was den Lebensabend beschließen soll, anzugreifen. — Zum Ueberfluß ist der Rentner noch weil er trotz seiner Armut zu den „Besitzenden" gehört, mit Steuern derart reichlich bedacht, worden, daß es wohl ein Ausfluß der Verzweiflung war, als sich die ersten Rentner vor Jahresfrist zur Gründung eines Vereins zusammenfanden. Inzwischen sind die Verhältnisse weitaus schlechter geworden. Während jeder andere Mensch in der Lage war der Geldentwertung und Verteuerung der Lebenshaltung entsprechend wenigstens annähernd seine Einnahmen aufzubessern, sind die Einnahmen des Rentners dieselben geblieben, ja, viele sind heute als Besitzer ausländischer Papiere bettelarm.

— Mit dem 1. Juli ist die Erhöhung der Fernsprechgebühren in Kraft getreten. Ein Hauptanschluß kostet in Berlin 800 Mark; bei Anschluß mit Gesprächszählung eine Grundgebühr von 480 Mark, jede Verbindung 20 Pfg. Außerdem sind als Ausbaubeitrag für jeden Hauptanschluß 1000 Mark und für jeden Nebenanschluß 200 Mark zu entrichten, die auch in vierteljährlichen Raten von 250 Mk. gezahlt werden können. Zur Zahlung des Ausbaubeitrages hat sich eine Gesellschaft gegründet, die die Beträge gegen eine Verzinsung von 3 v. H. vorstreckt. Nur die Gebühr für Automatengespräche ist wegen des Kleingeldmangels unverändert auf 20 Pfg. geblieben. Auch die Gebühr für Ferngespräche ist von jetzt ab erhöht; ein Dreiminutengespräch bei einer Entfernung bis 20 Kilometer kostet 80 Pfg., bis 50 Kilometer 1 Mk., bis 100 Kilometer 2 Mk., bis 300 Kilometer 3 Mk., bis 500 Kilometer 4 Mk. bis 750 Kilometer 5 Mk., bis 1000 Kilometer 6 Mk., über 1000 Kilometer 8 Mark. Dringende Gespräche kosten das Dreifache. Gegen diese neue ungeheure Belastung des Geschäftsverkehrs haben alle Proteste nichts genutzt, und auch die „Schutzverbände der Fernsprechteilnehmer", die sich in mehreren Großstädten bildeten, haben nichts auszurichten vermocht. Als Protest haben sie zu Massenkündigungen aufgefordert, und die sind denn auch in großer Zahl eingelaufen. Allein in Berlin sind etwa 16000 Anschlüsse gekündigt worden, in München über 5000, in Halberstadt hat ein Drittel aller Fernsprechteilnehmer gekündigt, von 7500 Neuanmeldungen wurden 1000 wieder zurückgezogen. Die Postverwaltung rechnet zunächst mit einem empfindlichen Ausfall von Einnahmen, glaubt jedoch, daß die freiwerdenden Anschlüsse sehr bald wieder besetzt sein werden.

— Die demokratische Fraktion der Volkskammer richtete an die Regierung die Frage, ob ihr die Maßnahmen bekannt sind, die die zuständigen Reichsstellen vorgesehen haben, um die längst überflüssig gewordene Zwangsbewirtschaftung der Fett- und Margarineversorgung ohne weiteren Verzug aufzuheben, und wie man den planmäßigen Abbau der Lebensmittelzwangswirtschaft schnell durchzuführen gedenke.

— Niedrigere Benzin- und Petroleumpreise. Der Grundpreis für Benzin ist vom 1. Juli d. J. ab auf 6,35 Mk. pro Kilo herabgesetzt, nachdem er am 16. Juni von 8,55 Mk. auf 7,93 Mk. herabgesetzt worden war. Der Preis für das Kilo Benzin wird jetzt für den Verbraucher einschließlich Zoll, Fracht und sonstige Unkosten etwa 8 Mk. sein. Der Petroleumpreis ist am 1. Juli von 5,50 Mk. auf 4,45 Mk. das Liter ab Laden des Händlers herabgesetzt.

Dresden. Am Sonnabend vormittag gegen 10 Uhr drangen zwei mit Handgranaten und Revolver bewaffnete Männer in die Wohnung des Privatmanns Döring in der Tharandter Straße, unmittelbar neben der Sicherheitspolizei (!) ein und zwangen den Inhaber der Wohnung durch Drohung zum Oeffnen seines Geldschrankes, aus dem die Räuber eine größere Geldsumme raubten, um dann das Weite zu suchen. Der eine der Männer trug Militärkleidung. Man hat bisher die Spur der Räuber nicht verfolgen können.

— Auf dem Bahnkörper in Vorstadt Plauen unterhalb des Hohen Steins wurde in zeitiger Morgenfrühe des Montags ein schwerverletztes 32 Jahre altes Fräulein aufgefunden. Es war von einem Güterzug überfahren worden und wurde mit einem schweren Schädelbruch dem Krankenhause zugeführt.

Radeberg. In der Nacht zum 4. Juli sind aus dem Stall des Rittergutes Kleinwolmsdorf zwei wertvolle Pferde, ein Schwarzschimmel (Wallach), 6 Jahre alt hinten weiß gefesselt (ausgezahnt), und ein dunkelbrauner Wallach, 10 Jahre alt, hinten weiß gefesselt, gestohlen worden. Die Pferde sind in der Richtung nach Dresden zu abgeführt worden und dürften hier oder in der Umgebung verkauft worden sein.

Leipzig. Die Belegschaften des Bornaer Braunkohlenreviers sind wegen des 10prozentigen Steuerabzuges in einen Proteststreik eingetreten.